

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 28.11.2013

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|--|--------------------------------|
| 18. | Bebauungsplan Nr. 411 der Stadt Erlangen - Häuslinger Wegäcker Mitte - mit integriertem Grünordnungsplan hier: Billigungsbeschluss, Beschluss Energie-Plus-Konzept
Der TOP wird abgesetzt bzw. vertagt und zunächst an den UVPA verwiesen. | 611/213/2013
Beschluss |
| 19.1. | Bürgerfragestunde gemäß § 37 der Geschäftsordnung für den Stadtrat; Antrag der Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen
Gegen 18:00 Uhr | 13-2/328/2013
Kenntnisnahme |
| 19.2. | GBW: Aktuelle Situation, Unterstützung der Mieterinnen und Mieter hier: SPD-Fraktionsantrag 232/2013 vom 26.11.2013
Tischauflage | V/025/2013
Beschluss |
| 19.3. | Dringlichkeitsantrag zur StR-Sitzung am 28.11.2013: bei GBW-Wohnungen Stadtplanung gegen "Heuschrecken" einsetzen
Antrag der Erlanger Linke Nr. 235/2013 | |

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/328/2013

Bürgerfragestunde gemäß § 37 der Geschäftsordnung für den Stadtrat; Antrag der Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
-----------------------	---------------	------------	--------------------	-------------------

Stadtrat	28.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	
----------	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

Ref. V

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen beantragt mit Schreiben vom 20.11.2013 eine Bürgerfragestunde in der Sitzung des Stadtrates am 28.11.2013.

Anlagen: Fragen der Mietergemeinschaft
Auszug aus der Geschäftsordnung

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen

Bürgerfragestunde am 28.11.2013

1. Welche Wohnungen stehen z. Zt. Zum Verkauf? Wenn das auch wieder geheim ist, fragen wir uns und Sie nach dem Grund dafür. Wer verlangt in diesem Fall die Geheimhaltung?
2. Was wäre passiert, wenn der gesamte Stadtrat der Geheimhaltungsvereinbarung über den Verkauf der Aktien hinaus nicht zugestimmt hätte? Würden Sie mit Ihrem heutigen Wissen wieder zustimmen?
3. Was kann Geheimhaltung so lange nach Abschluß einer Rechtshandlung bedeuten?
4. Hätte der Bayerische Staat/die BLB beim Verkauf des Aktienpaketes nicht unbedingt dem Städtekonsortium den Vorzug geben müssen , welches ein wirtschaftlich vertretbares Angebot gemacht hatte? Verkauf nach Höchstgebot war nach neuesten Aussagen nicht gefordert!
5. Sehen Sie eine Chance für eine Rückabwicklung?
6. Was wird die Stadt unternehmen, um in Härtefällen, die durch den Verkauf der GBW-Wohnungen entstehen, zu helfen?
 1. Herr Dr. Balleis, werden Sie sich bei der Bayerischen Staatsregierung massiv dafür einsetzen, dass ein Härtefonds für diese Fälle eingerichtet wird?
 2. Beantragen Sie laufend die Anpassung des Miet-Höchstsatzes für die Gewährung von Wohngeld an die steigenden Mieten?
 3. Wann wird eine Anlaufstelle für Härtefälle im Rathaus eingerichtet?

Auszug aus der Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen (GeschO)

§ 37 Bürgerfragestunde

- (1) Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen können in kommunalen Angelegenheiten der Stadt Fragen an den Oberbürgermeister und die Referenten bzw. Referentinnen richten mit dem Antrag, diese in zeitlichem und örtlichem Zusammenhang mit einer öffentlichen Sitzung des Stadtrates oder eines Ausschusses, in der Regel zwischen 17 und 18 Uhr, zu beantworten (Bürgerfragestunde).
 - (2) Der Oberbürgermeister bereitet die Beantwortung der Fragen vor; die nicht zugelassenen Fragen legt er dem Ältestenrat in der nächsten Sitzung vor. Fragen, die von der Mehrheit der Mitglieder des Ältestenrats für zulässig gehalten werden, sind in der nächsten Fragestunde zu beantworten.
 - (3) Der Oberbürgermeister teilt dem Stadtrat die eingereichten Fragen mit den Sitzungsunterlagen mit.
 - (4) Die Fragen werden grundsätzlich in der Reihenfolge ihres Einganges beantwortet. Mit Einverständnis der betroffenen Person ist eine schriftliche Beantwortung möglich.
 - (5) Der Oberbürgermeister oder die damit beauftragte Mitarbeiterin bzw. der damit beauftragte Mitarbeiter verliest die Frage in der Fragestunde und beantwortet sie. Die Fragestellerin bzw. der Fragesteller kann eine Zusatzfrage stellen. Wenn Frage oder Zusatzfrage beantwortet sind, können jede Fraktion und auch Einzelmitglieder des Stadtrats hierzu jeweils eine Stellungnahme abgeben; die Redezeit für die Stellungnahme wird auf 3 Minuten beschränkt.
- Die Dauer der Fragestunde wird auf höchstens 60 Minuten festgesetzt.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. V

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Elisabeth Preuß

Vorlagennummer:
V/025/2013

GBW: Aktuelle Situation, Unterstützung der Mieterinnen und Mieter hier: SPD-Fraktionsantrag 232/2013 vom 26.11.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	28.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
OBM, Amt 50

I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung berät GBW-Mieterinnen und GBW-Mieter im Erlanger Rathaus und bei Bedarf in den Stadtteilen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim bayerischen Städtetag und anderen geeigneten Gremien und Organisationen darauf hinzuwirken, dass die Kommunen ausreichend Zeit für die Prüfung von Kaufangeboten seitens der Patrizia erhalten.
4. Der SPD-Fraktionsantrag 232/2013 vom 26.11.2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Angesichts der äußerst angespannten Situation auf dem Erlanger Wohnungsmarkt sieht die Verwaltung die aktuelle Entwicklung bei den GBW-Wohnungen mit größter Sorge. Studien ist zu entnehmen, dass für Bezieher von geringem Einkommen oder für Menschen ohne Einkommen die Miete einen immer höheren Anteil der monatlich zur Verfügung stehenden Bezüge beansprucht. Je kleiner das Gehalt oder die Rente, desto problematischer wird es, wenn die Wohnkosten an die 50%-Marke oder gar darüber hinaus geraten.

Der bayerische Städtetag, der den Kommunen schon sehr frühzeitig (nämlich als im September erste Verwertungsaktionen seitens der Patrizia bekannt wurden) Unterstützung beim Kommunikationsaustausch angeboten hat, hat aktuell die Patrizia aufgefordert, das Vorkaufsrecht der Kommunen nicht dadurch zu unterlaufen, dass viel zu kurze Fristen bis zur Entscheidung gesetzt werden.

Die Verwaltung bietet den betroffenen Mieterinnen und Mietern Beratung an. Wobei je nach Einzelfall Beratung zu Wohngeld (Abteilung 503), Grundsicherung (Abteilung 501), oder Grundsicherung im Alter (502) sinnvoll sein kann.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist aber nicht davon auszugehen, dass viele GBW-Mieter Anspruch auf Wohngeld haben werden - auch wenn deren Mieten stark steigen sollten. Selbstverständlich stehen auch die Seniorenbetreuerinnen in den Stadtteilen als Anlaufstellen zur Verfügung, die dann nach Rücksprache zu den richtigen Abteilungen weiterleiten.

Bei Bedarf bietet die Verwaltung auch vor Ort, z. B. in den Büros der Seniorenbetreuungen oder Stadtteilzentren, Beratung an.

Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 232/2013 vom 26.11.2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 26.11.2013
Antragsnr.: 232/2013
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/Dr. Preuß
mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**GBW: Aktuelle Situation, Unterstützung der Mieterinnen und Mieter
Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 28.November.2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden Dringlichkeitsantrag:

1. Der Stadtrat verurteilt die aktuelle Entwicklung im Umgang mit dem Wohnungsbestand der GBW-Wohnungen insbesondere in Ballungszentren. Damit wird massiv weiterer Druck ausgeübt auf den angespannten Wohnungsmarkt. Den Kommunen wird es damit weiter erschwert, dem einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung bezahlbare Wohnungen zu sichern.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, direkt und über den Bayerischen Städtetag vom Eigentümerkonsortium zu verlangen, dass nach unternehmerischen Entscheidungen über (Teil)-Verkäufe von Wohnungsbestand bereits im Vorfeld zuerst mit dem Kommunen als erste Ansprechpartner Gespräche zu führen sind bzw. über Verkäufe zu verhandeln ist. Die betroffenen Städte und Gemeinden brauchen ausreichend Zeit, die wohnungs- und sozialpolitische Zweckmäßigkeit aber auch die finanzielle Realisierbarkeit eines Kaufs zu prüfen und darüber zu beschließen.
3. Unabhängig davon bietet die Stadt Erlangen den GBW-MieterInnen im Rahmen von Stadtteilsprechstunden Beratung an.

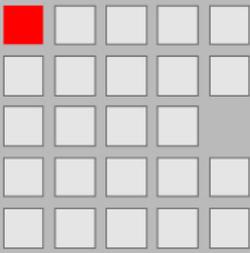
Datum
26.11.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 2

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Norbert Schulz
Stadtrat

Gisela Niclas
Sprecherin für Soziales
und Wohnen

Barbara Pfister
stv. Fraktionsvorsitzende

Robert Thaler
Sprecher für Bauen und
Planen

Helga Steeger
Sprecherin für
SeniorInnen

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Datum

26.11.2013

AnsprechpartnerIn

Dr. Florian Janik

Durchwahl

0176 23533630

Seite

2 von 2



Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 28.11.2013
Antragsnr.: 235/2013
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI
mit Referat: III, V

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Di-Do 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail:erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 25.11.2013

Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 28.11.2013.

Bei GBW-Wohnungen Stadtplanung gegen "Heuschrecken" einsetzen

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Wir beantragen, für alle GBW-Wohnungen Milieuschutzsatzungen zu erlassen, um die Vertreibung der eingesessenen Bewohner durch mieterhöhende "Aufwertungsmaßnahmen" zu erschweren.

Als erster Schritt wird für die betroffenen Gebiete eine Veränderungssperre erlassen, mit Ausnahmen für selbstgenutztes Wohneigentum. Soweit noch keine Bebauungspläne existieren, sind Aufstellungsbeschlüsse zu fassen.

Im Bereich der GBW-Wohnungen werden keine Nachverdichtungen genehmigt.

Begründung:

Niemand außer der bayerische Staatsregierung wundert es, dass die Patrizia jetzt die GBW-Wohnungen weiterverkauft. Einer "Heuschrecke" geht es ums schnelle Geld und sonst gar nichts.

Je höher die erwarteten Profite sind, desto höher wird der Verkaufspreis werden und um so weniger wird ein Kauf der Wohnungen durch die GeWoBau möglich sein. Umgekehrt könnte die Stadt (natürlich auch im Zusammenspiel mit "rebellischen Mietern") dafür sorgen, dass die Erwartungen an Spekulationsgewinne reduziert werden.

Wir fordern, dass die Stadt hier alle Möglichkeiten nutzt, um die überhitzte Spekulation mit Wohnungen und Häusern zu dämpfen.

Begründung der Dringlichkeit

ist der aktuell drohende Weiterverkauf der GBW-Wohnungen. Sollte das Thema GBW auf die Tagesordnung gesetzt werden, ist dies ein Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 19.1 Bürgerfragestunde gemäß § 37 der Geschäftsordnung für den Stadtrat; Mitteilung zur Kenntnis 13-2/328/2013	2
Anlage 1: Fragen der Mietergemeinschaft der GBW 13-2/328/2013	3
Anlage 2: Auszug aus der Geschäftsordnung § 37 Bürgerfragestunde 13-2	4
TOP Ö 19.2 GBW: Aktuelle Situation, Unterstützung der Mieterinnen und Mieter	
Beschlussvorlage V/025/2013	5
SPD-Fraktionsantrag Nr. 232/2013 vom 26.11.2013 V/025/2013	7
TOP Ö 19.3 Dringlichkeitsantrag zur StR-Sitzung am 28.11.2013: bei GBW-Wohnunge	
Dringlichkeitsantrag Nr. 235/2013 235/2013/ERLI-A/007	9
Inhaltsverzeichnis	11